

# Aus einem Minus wird ein Plus

Der Kantonsrat genehmigt das Budget 2019, das einen Überschuss von rund 148 Millionen Franken vorsieht

RETO FLURY UND MICHAEL VON LEDEBUR

Am Dienstagabend um 22 Uhr 08 ist es so weit: Nach acht Sitzungen, vierzig Budgetanträgen und mehreren hundert Wortmeldungen stimmt der Kantonsrat über das Budget 2019 ab. Er sagt mit 115 zu 52 Stimmen Ja zum überarbeiteten Voranschlag. Das Lager der Befürworter umfasst SVP, FDP, CVP, GLP, EVP, EDU und BDP; SP, Grüne und AL lehnen das Budget ab. Eine Abstimmung über den Steuerfuss hat nicht stattgefunden. Dieser wird nur alle zwei Jahre festgesetzt, das nächste Mal Ende 2019.

Der Kanton Zürich beginnt das neue Jahr mit einem Budget, das mit einem Plus von 148 Millionen Franken rechnet. Die Version des Regierungsrats hatte nach dem Novemberbrief noch ein Minus von 88 Millionen Franken enthalten – dies bei Ausgaben von 15,8 Milliarden Franken. Diesen Vorschlag akzeptierte die bürgerlich dominierte Finanzkommission nicht und wollte ihn dergestalt ändern, dass am Ende ein positiver Saldo stehen würde.

## Auf ganzer Linie durchgesetzt

Dieses Ziel hat sie erreicht. Die Kommission setzte sich in der Budgetdebatte fast auf der ganzen Linie durch. Der grösste Teil der Verbesserungen zielte aber nicht auf den Abbau von Stellen oder gar staatlicher Leistungen, sondern war finanztechnischer Natur (siehe unten). Bei der Gesundheitsversorgung und der Psychiatrie wurden Budgets gekürzt, die in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft wurden. Zudem sollen im Beschaffungswesen 40 und mit einem restriktiven Haushaltsvollzug 150 Millionen Franken eingespart werden.

Die Meinungen zum Budget sind längst gemacht, als die Fraktionschefs am Dienstagabend zur Elefantenrunde antreten. Der Reigen vermittelt jedoch eine Idee davon, mit welchen finanzpolitischen Haltungen die Parteien in den Wahlkampf starten. Die Ratslinke begründet ihre Ablehnung damit, dass die Bürgerlichen das Budget zusammengespart haben, wie Markus Späth (sp.,



Der Kantonsrat beschliesst ein Budget mit schwarzen Zahlen. Der Linken gefällt es trotzdem nicht.

GORAN BASIC / NZZ

Feuerthalen) sagt. Dies mit dem einzigen Ziel, eine Steuersenkung von zwei Prozentpunkten im kommenden Jahr zu legitimieren.

## Kritik am Pauschalauftrag

Zur Linderung der Sorgen der Bevölkerung – etwa hohe Krankenkassenkosten oder Umweltbelange – leiste das Budget keinen Beitrag, so Späth. Der Ratsmehrheit sei die breite Masse «egal», man betreibe mit der geplanten Steuersenkung Klientelpolitik zugunsten der Wohlhabenden. Die Ratslinke kritisiert zudem den pauschalen Sparauftrag von 150 Millionen Franken an die Regierung. Dies sei ein weiterer Grund für die Ab-

lehnung. «Diese Verantwortung müssen Sie alleine übernehmen», sagt Esther Guyer (gp., Zürich) an die Adresse der Bürgerlichen.

Thomas Vogel (fdp., Illnau-Effretikon) kontert, durch den pauschalen Auftrag bleibe der Spardruck auf die Verwaltung hoch. «Die Verantwortlichen jeder Abteilung wissen sehr genau, wo der Rotstift angesetzt werden muss.» Dies sei besser, als auf Halbwissen basierende Kürzungsanträge zu stellen. Vogel rechnet der Ratslinke vor, man wäre statt bei einem Plus bei einem Minus von 175 Millionen Franken gelandet, wenn alle ihre Anträge durchgekommen wären. Darüber könne man nur noch den Kopf schütteln.

Innerhalb der Bürgerlichen tun sich feine Risse auf. Die FDP muss Kritik von der SVP und der EDU einstecken. Dass die FDP mehrfach vor allem in Naturschutzfragen mit der Ratslinken gestimmt habe, sei ihm «schräg» vorgekommen, sagt Erich Vontobel (edu., Bubikon). Er spricht gar von einer «sogenannt» bürgerlichen Partei. Der Mut habe die FDP verlassen, meint Martin Hübscher (svp., Wiesendangen). Bei wichtigen Sparanträgen hätten die Freisinnigen die SVP nicht unterstützt. Die GLP sei da verlässlicher gewesen. Das Budget sei deshalb nicht so schwarz, wie es sein könnte. Angesichts der guten Wirtschaftslage hätte aber eigentlich ein deutlicheres Plus resultieren müssen.

# So hat der Kantonsrat das Budget 2019 verändert

Pauschalkürzungen bei Gesundheitsversorgung, mehr Geld für Opernhaus, Sozialversicherungsgericht und Tiefbauamt

flu. · Über 60 Mal hat der Kantonsrat in den vergangenen Sitzungen über Budgetanträge abgestimmt. Hier eine Auswahl von Anträgen, die angenommen wurden:

■ **Polizei- und Justizzentrum:** Das Amt für Justizvollzug will zusätzlich 16,5 Stellen schaffen, dies mit Blick auf die Eröffnung des Polizei- und Justizzentrums. Doch warum schon jetzt, wo doch das neue Gefängnis nicht vor 2022 in Betrieb geht? Zwar äussern Sprecher von links bis rechts Verständnis dafür, dass die Abläufe eingeübt werden müssen. Eine Mehrheit stimmt aber dem FDP-Kompromiss zu, 5 Stellen erst 2020 zu besetzen. Das Amt hatte mitgeteilt, dass dies möglich sei. (Weniger budgetiert: 1 Mio. Fr. von 34,3 Mio. Fr.)

■ **Ombudsmann:** So ist Sparen einfach: Der neue Ombudsmann Jürg Trachsel, der sein Amt erst Anfang September angetreten hat und zuvor jahrelang im Kantonsrat gewesen ist, zieht den Antrag für 1,5 neue Stellen zurück. Sein Vorgänger war noch der Meinung, die Ombudsstelle benötige dringend mehr Personal. (Weniger budgetiert: 0,18 Mio. Fr. von 1,5 Mio. Fr.)

■ **Sozialversicherungsgericht:** Der Pendenzenberg des Gerichts soll endlich kleiner werden. Darum greift der Kantonsrat zu einem unüblichen Mittel: Er budgetiert mehr Geld, als das Sozialversicherungsgericht beantragt hatte. Damit soll es temporär einen Richter und drei Gerichtsschreiber einstellen. Es werden

vor allem zwei Gründe genannt: Erstens sei die lange Verfahrensdauer für die Beteiligten stossend. Zweitens entstünden aber auch volkswirtschaftliche Kosten. Denn viele Kläger, die etwa eine IV-Rente einklagten, arbeiteten während des Verfahrens nicht, sondern bezögen Sozialhilfe. (Mehr budgetiert: 0,33 Mio. Fr. zu 14,6 Mio. Fr.)

■ **Kantonsapotheke:** Schon länger verfolgt der Kantonsrat die Entwicklung der Kantonsapotheke kritisch. Überdimensioniert sei sie, ihre neuen Räume in Schlieren übertrieben teuer. Jetzt hat sich der Unmut auch in der Budgetdebatte manifestiert. Denn die Kantonsapotheke will Geld für eine Aufstockung von 115 auf 145 Stellen. Teilweise sind diese schon geschaffen und besetzt, was Ärger erregt. Die Rede ist von offenen Fragen zum Stellenplan. Eine Allianz aus SVP, AL, Grünen, GLP, EVP, EDU und BDP kürzt den Saldo. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger macht auf die Folgen aufmerksam: Da das Personal benötigt werde, müsse die Kantonsapotheke ihre Produktpreise für die Spitäler erhöhen. (Weniger budgetiert: 2,2 Mio. Fr. von 72,1 Mio. Fr.)

■ **Somatische Akutversorgung:** Der Kanton hat in den letzten Jahren oft zu viel Geld für die Spitäler budgetiert. Deshalb stimmt die Mehrheit einer Pauschalkürzung gegen den Willen von SP und AL zu. Es handle sich um eine rein finanztechnische Geschichte, nicht um einen Sparauftrag, sagt FDP-Sprecherin Astrid Furrer. Bei dieser Leistungs-

gruppe sei «sehr, sehr viel» Luft drin. SP-Kantonsrat Andreas Daurü warnt: Wie viel Geld tatsächlich benötigt werde, sei «Kaffeesatzlesen». (Weniger budgetiert: 31 Mio. Fr. von 1,33 Mrd. Fr.)

■ **Psychiatrie:** Aus den gleichen Gründen wie bei den Spitälern kürzt der Rat auch bei der Psychiatrie. Das Lager der Gegner wächst aber um CVP, Grüne und EVP. Die Unterdeckung in der Psychiatrie sei so gross, dass Tageskliniken schliessen würden, sagt Lorenz Schmid (cvp., Männedorf). Es brauche neue Tarife. (Weniger budgetiert: 10 Mio. Fr. von 233 Mio. Fr.)

■ **Strassenböschungen:** Das Tiefbauamt soll die Wiesen entlang der Staatsstrassen ökologischer pflegen. Der Rat bewilligt hierzu mehr Geld aus dem Strassenfonds. Das Potenzial der Böschungen zur Förderung der Biodiversität solle besser genutzt werden, sagt die Freisinnige Barbara Franzen (Niederweningen). Ihre Partei, die den Antrag eingebracht hat, erntet bei Mittel-links viel Zustimmung, aber auch spitze Kommentare. Die FDP habe vor den Wahlen ihr grünes Mäntelchen hervorgeholt, sagt Barbara Schaffner (glp., Otelfingen). (Mehr budgetiert: 2 Mio. Fr. zu 216 Mio. Fr.)

■ **Finanzdirektion:** Die bürgerliche Mehrheit schreibt im Konto 4950 eine Pauschalkürzung von 150 Mio. Fr. fest. Sie wird dank SVP, FDP, GLP, EDU und BDP mit 104 zu 65 Stimmen angenommen. Es handle sich um eine finanzpoli-

tische Notwendigkeit, sagt Kommissionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann (fdp., Meilen). Denn in der mittelfristigen Planung drohe erneut ein Loch, das unter Umständen ein weiteres Sanierungspaket nötig machen könnte. SP-Sprecher Markus Bärtschiger nennt den Antrag langweilig und nutzlos, denn er sei nicht verbindlich. Die Bürgerlichen sollten konkrete Vorstösse einreichen und nicht mit Pauschalkürzungen aufwarten, sagt er. Die bürgerlichen Sprecher kehren den Spiess um. Die mittelfristigen Aussichten müssten auch in Budgetdebatten berücksichtigt werden, sagt Peter Vollenweider (fdp., Stäfa). GLP-Kantonsrat Michael Zeugin rechnet den Linken vor, dass ein Minus in dreistelliger Millionenhöhe entstanden wäre, hätte der Kantonsrat alle ihre Vorschläge angenommen. Gemäss SVP-Kantonsrat Jürg Sulser sollen die Ersparnisse durch Verzicht auf Wunschbedarf und restriktiven Haushaltsvollzug erreicht werden. Das Konto 4950 steht auch im Fokus eines zweiten Pauschalantrags. Dieser verlangt Einsparungen von insgesamt 40 Mio. Fr., die durch ein verbessertes Beschaffungsmanagement erreicht werden sollen. Die Mehrheit ist unzufrieden, weil es sich um ein altes Thema handelt, aber eine Subkommission zum wiederholten Mal festgestellt hat, dass das Beschaffungswesen in einzelnen Direktionen noch verbessert werden kann. Die Ratsminderheit sieht den Regierungsrat auf gutem Weg. Die Bürgerlichen setzen sich mit 110 zu 60 Stimmen durch. (Weniger budgetiert: 190 Mio. Fr.)

VERWALTUNGSGERICHT

## Ungenügendes Gutachten

Gemeinderat Maschwanden gerügt

sho. · 2017 entliess der Gemeinderat Maschwanden gleichzeitig mit der Baubewilligung für zwei Ersatzbauten und einen Neubau ein Gehöft aus dem 19. Jahrhundert am Dorfrand aus dem kommunalen Schutzinventar. Zur Begründung lag lediglich ein anderthalb Seiten umfassendes Kurzgutachten vor. Der kantonale Heimatschutz reichte gegen die Entlassung Beschwerde ein, scheiterte aber vor dem Baurekursgericht.

Das Verwaltungsgericht als zweite Instanz hat diesen Entscheid nun aber umgedreht, wie der Heimatschutz am Dienstag mitgeteilt hat. Der inzwischen rechtskräftige Entscheid betrifft nicht nur das Ortsbild von Maschwanden. Damit habe zum ersten Mal ein Gericht abschliessend die Anforderungen an ein Gutachten klar und unmissverständlich umschrieben, schreibt der Heimatschutz.

Er hatte im Verfahren gerügt, das Gutachten sei von «erstaunlicher Knappheit» und ohne Fotografien. Es gehe kaum über den Inhalt des Inventarblattes hinaus und unterziehe die einzelnen Elemente ausser einem Ofen und dem Täfer keiner Würdigung. Der Gutachter kam zum Schluss, das Gebäude sei für das Ortsbild von grosser Bedeutung, könne aber abgebrochen werden, da die Bauteile keinen Schutz rechtfertigten.

Die Richter lassen nun nicht durch, dass der Gemeinderat dies ohne weiteres übernahm: Gerade dessen besondere Entscheidungsfreiheit erfordere eine gute Begründung. Sie heben den Entscheid der Vorinstanz auf und weisen diese an, eine Expertise durchzuführen. Empfohlen wird, keine bereits involvierte Fachperson damit zu betrauen. Der Heimatschutz schreibt, Gemeinden sollten fortan im eigenen Interesse oberflächliche Gutachten nicht mehr akzeptieren.

Urteil VB.2018.00.064, 20. 9. 18, rechtskräftig.

## Den Zürchern ist die Heiratslust vergangen

Studie zu Eheschliessungen

scf. · Die Menschen im Kanton Zürich heiraten immer später – und auch nicht mehr so oft wie früher. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Statistischen Amtes, welche am Dienstag vorgestellt wurde. Zwar blieb die Zahl der Eheschliessungen in den letzten fünfzehn Jahren recht stabil; pro Jahr gaben sich zwischen 8000 und 8800 Paare das Ja-Wort. Doch gemessen an der stark wachsenden Bevölkerung des Kantons, ist eine abnehmende Heiratslust zu verzeichnen. Zum Vergleich: Wurden 2002 noch 7 Ehen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner geschlossen, waren es 2017 nur noch 5,5. Ganz anders sah es noch in den sechziger Jahren aus. Damals, also auf dem Höhepunkt der Heiratswelle, haben sich sogar 9 Paare auf 1000 Einwohner getraut. Die abnehmende Zahl erklärt sich das Statistische Amt mit der Konkurrenz durch nicht-eheliche Lebensformen. Auch die Lust, sich nach einer gescheiterten Ehe wieder zu vermählen, nimmt ab. Geschiedene heiraten nicht mehr so schnell wie früher. Hinzu kommt, dass die Zahl der Scheidungen generell sinkt.

In den letzten fünfzehn Jahren ist dafür die Zahl der Erstheiraten angestiegen. Das Statistische Amt begründet dies damit, dass «viele junge Leute im besten Heiratsalter» in den Kanton gezogen seien. Welches Alter aber als das beste zum Heiraten angesehen wird, hat sich markant gewandelt: Vermählten sich 1970 ledige Frauen und Männer noch mit knapp 25 Jahren, lassen sich Paare heute etwas länger Zeit – meist bis kurz vor der Familiengründung. Frauen sagen im Schnitt mit knapp 30 Jahren Ja, Männer hingegen mit gut 32 Jahren.